

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, die Klimakrise und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich können das Gefühl vermitteln, dass unsere Welt aus den Fugen gerät. Das muss aber nicht so sein, wenn es uns gelingt, miteinander solidarisch zu bleiben. Wenn die, die mehr tragen können, dies auch tun. In unserem Land und darüber hinaus. Solidarität ist das Gebot der Stunde, um Menschen in Not helfen zu können und künftigen Generationen eine Welt zu sichern, die ein selbstbestimmtes Leben in Frieden ermöglicht. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches neues Jahr.

Herzlichst



Ihr Dietrich Munz

Eckpunktepapier zur Cannabis-Legalisierung veröffentlicht

Die Bundesregierung will Cannabis legalisieren und regulieren. Dazu hat Gesundheitsminister Karl Lauterbach im Oktober ein Eckpunktepapier vorgelegt. Cannabis und sein psychoaktiver Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) sollen in Zukunft rechtlich nicht mehr als Betäubungsmittel eingestuft werden. Zu den wichtigsten Eckpunkten zählen:

- ein Mindestalter für den Erwerb von Cannabis von 18 Jahren,
- eine Höchstmenge für den Erwerb und Besitz von 20 bis 30 Gramm Cannabis,
- ein erlaubter privater Eigenanbau von drei Cannabis-Pflanzen pro Erwachsenen,
- Verkauf nur in lizenzierten Fachgeschäften und möglicherweise auch in Apotheken,
- keine Begrenzung des THC-Gehaltes, Prüfung eines THC-Höchstwerts für 18- bis 21-Jährige,
- Verkauf von Cannabis-Produkten zum Rauchen und Inhalieren sowie Kapseln, Tropfen und Sprays, demnach Ausschluss von THC-haltigen Nahrungsmitteln,
- generelles Werbeverbot und neutrale Produktverpackungen mit Hinweisen zu Risiken,
- Ausbau der Prävention in den Lebenswelten, einschließlich der Einführung flächendeckender Frühinterventions-Angebote für gefährdete Jugendliche sowie dem Ausbau von Informations-, Präventions- und Fortbildungsangeboten für erwachsene Risikogruppen.

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) begrüßt grundsätzlich das Eckpunktepapier. Die Verbotspolitik der vergangenen Jahrzehnte ist gescheitert. Sie konnte nicht

verhindern, dass der Gebrauch von Cannabis vor allem unter jungen Menschen zugenommen hat und Cannabis illegal verfügbar ist. „Ein legaler regulierter Verkauf ist für den notwendigen Gesundheits- und Jugendschutz eine bessere Voraussetzung als ein unkontrollierter Schwarzmarkt“, erklärt BPTK-Präsident Dr. Dietrich Munz. „Statt einer Kriminalisierung der Nutzer*innen ohne erkennbaren präventiven Effekt brauchen wir einen aufgeklärten, kompetenten und eigenverantwortlichen Gebrauch von Drogen. Die Nutzung von Drogen kann offensichtlich nicht verhindert werden. Ziel muss sein, dass die Gefahren für die Gesundheit allen Bürger*innen umfassend bekannt sind und sie zu eigenverantwortlichem Handeln in Bezug auf Drogen befähigt werden. Dazu zählt auch eine strenge staatliche Kontrolle der Abgabe und ein Verbot von Werbung und leichter Verfügbarkeit. Schwere gesundheitliche Folgen durch die Nutzung von Drogen können auf diesem Weg deutlich besser minimiert werden als durch undifferenzierte Verbote. Dies trifft sowohl auf Cannabis als auch auf Alkohol zu.“

„Die BPTK fordert sowohl für Cannabis als auch für Alkohol einen staatlich geregelten Gebrauch“, stellt BPTK-Präsident Munz fest. „Legalisierung heißt nicht, den Markt für Cannabis unkontrolliert freizugeben. Legalisierung heißt vor allem keinen unregulierten Schwarzmarkt und keine Kriminalisierung der Nutzer*innen.“ Dazu gehören legale Höchstmengen, lizenzierter Verkauf und vor allem und unverzichtbar Prävention und Früherkennung, damit Menschen lernen, mit Drogen kompetent umzugehen und sich bei einer Gefährdung Hilfe zu holen, ohne Angst zu haben, dann strafrechtlich verfolgt zu werden.

Inhalt

- Seite 1 Eckpunktepapier zur Cannabis-Legalisierung veröffentlicht
- Seite 2 Unabhängigkeit der Unabhängigen Patientenberatung sichern
BPTK fordert gemeinnützigen und unabhängigen Stifter
- Seite 3 BPTK-DIALOG „Wir brauchen auch starke politische Hebel, die klima- und umweltschonendes Handeln vereinfachen.“
- Seite 4 BPTK-FOKUS BPTK-Fachtag Gender & Psychotherapie
- Seite 6 Psychisch Kranke warten 142 Tage auf eine psychotherapeutische Behandlung – BPTK zur Befragung des GKV-Spitzenverbandes
- Seite 7 BPTK-INSIDE Interessensvertretung für psychisch kranke Menschen in der Politik
- Seite 8 Diotima-Ehrenpreis 2022 an langjährige BPTK-Geschäftsführerin verliehen
- Seite 8 Ab Januar 2023: Dr. Ilona Köster-Steinebach neue BPTK-Geschäftsführerin

Deshalb ist unbedingt ein Mindestalter von 18 Jahren notwendig. Lizenzierte Fachgeschäfte, die nur mindestens 18-Jährige betreten dürfen und in denen bei jedem Kauf ein Beratungsgespräch durch geschultes Verkaufspersonal angeboten wird, sind eine angemessene Strategie, um den Jugendschutz zu sichern und risikoarmen Gebrauch zu fördern. Beim Eigenanbau muss sichergestellt werden, dass Minderjährigen der Zugang zu den Pflanzen verwehrt bleibt, zum Beispiel indem dieser nur in abschließbaren Räumlichkeiten oder Zuchtschränken stattfinden darf. Apotheken sind aus BPTK-Sicht als Verkaufsstellen für Cannabis ungeeignet, da sie Anbieter von Medikamenten und Gesundheitsprodukten sind. Mit THC-versetzte Nahrungsmittel sollten verboten bleiben. Erfahrungen aus USA und Kanada zeigen, dass diese vermehrt zu versehentlichen Vergiftungen und Überdosierungen führen.

Cannabisgebrauch birgt grundsätzlich Gesundheitsgefahren, die bei einem hohen THC-Gehalt deutlich ansteigen. Die BPTK hält das Fehlen eines THC-Höchstwertes im Eckpunktepapier für problematisch, da ab einem THC-Wert von 10 Prozent die Risiken einer Sucht oder Psychose stark erhöht sind. Regelmäßiger Cannabisgebrauch im Jugendalter kann zu hirnhypophysären Veränderungen führen. Deshalb sollte die Gesundheitspolitik darauf abzielen, dass Cannabisgebrauch durch Jugendliche so unwahrscheinlich wie möglich wird. Das ist allerdings ebenfalls nicht durch undifferenzierte Verbote zu schaffen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass sich eine große Zahl von Jugendlichen davon nur wenig

beeindrucken lässt. Erfolgversprechender sind Prävention und Aufklärung, die früh und in allen Lebenswelten der Jugendlichen, zum Beispiel in der Schule oder in den sozialen Medien, ansetzen. Damit Jugendliche das Risiko eines Cannabisgebrauchs richtig einschätzen lernen und ihr Handeln danach ausrichten, bedarf es einer persönlichen und direkten Kommunikation über das Rauschmittel. Unter der bestehenden Verbotspolitik hat die Risikowahrnehmung von Cannabis besonders unter Jugendlichen in den letzten Jahrzehnten immer mehr abgenommen und der Gebrauch hat demgegenüber stark zugenommen.

Was bislang in dem Eckpunktepapier gänzlich fehlt, sind Neuregelungen zur suchttherapeutischen Versorgung, die sich vor allem für den Bereich der Kinder und Jugendlichen dringend verbessern muss. Dazu gehören:

- Screening zur besseren Früherkennung von Drogenmissbrauch,
- Suchtberatung als verpflichtendes Leistungsangebot der Kommunen,
- ambulante Psychotherapie bei Suchterkrankungen ohne Einschränkungen zu ermöglichen,
- Rehabilitationseinrichtungen zur Behandlung von Suchterkrankungen besser zu finanzieren,
- spezielle Behandlungsangebote für suchtkranke Kinder und Jugendliche zu schaffen,
- Therapie- und Versorgungsforschung bei Suchterkrankungen auszubauen.

Unabhängigkeit der Unabhängigen Patientenberatung sichern BPTK fordert gemeinnützigen und unabhängigen Stifter

Die BPTK unterstützt das Ziel, für die Unabhängige Patientenberatung (UPD) eine dauerhafte und staatsferne Grundlage zu schaffen. Deshalb sollte eine unabhängige, gemeinnützige Organisation als Stifter der UPD eingesetzt werden. Nach dem Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums ist der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen in dieser zentralen Rolle vorgesehen.

„Die gesetzlichen Krankenkassen gaben in der Vergangenheit am häufigsten Anlass für Patienten-Beschwerden“, kritisiert BPTK-Präsident Dr. Dietrich Munz. „Die Finanzierung der UPD, aber auch die Steuerungsstrukturen sollten unabhängig von den Krankenkassen ausgestaltet sein.“

Für die laufende Finanzierung sollten die nötigen Mittel direkt aus dem Bundeshaushalt oder dem (Steuerzuschuss zum) Gesundheitsfonds stammen. Im Stiftungsrat und anderen Entscheidungsgremien der künftigen UPD sollten keine Vertreter*innen der Selbstverwaltungspartner sitzen. „Eine solche Unabhängigkeit ist essenziell für die Akzeptanz der Patientenberatung“, stellt Munz fest. „Ratsuchende müssen sicher sein, dass sie in ihrem besten Interesse informiert und unterstützt werden.“ Ebenso wichtig seien regionale Beratungsstellen vor Ort, damit keine sozialen Hürden aufgebaut werden, die einzelne Bevölkerungsgruppen ausschließen.



© YOOL

BPTK-DIALOG

Prof. Dr. Gerhard Reese

Prof. Dr. Gerhard Reese ist seit 2016 Professor für Umweltpsychologie an der Universität Koblenz-Landau.

„Wir brauchen auch starke politische Hebel, die klima- und umweltschonendes Handeln vereinfachen.“

Hitzewellen, Umweltkatastrophen, Artensterben, Verknappung von Ressourcen. Der Klimawandel bedroht unser aller Lebensgrundlagen und hat dramatische Auswirkungen auf die körperliche und psychische Gesundheit der Menschen. Wen trifft die Klimakrise besonders?

Dummerweise sind die Konsequenzen des Klimawandels und anderer globaler Umweltkrisen für Menschen, die ohnehin schon vulnerabel sind, besonders zu spüren. Die Hauptverursacher*innen der Umweltkrise sind in der Regel gut situiert und haben weniger Schwierigkeiten, sich an die Veränderungen anzupassen, sei es aufgrund besserer Wohnbedingungen oder auch finanzieller Ressourcen. Gleichzeitig gibt es in reichen Ländern mehr und mehr junge Menschen, denen die Klimakrise sehr nahe geht. Das ist sicherlich kein Vergleich zu den Menschen, denen im wahrsten Sinne des Wortes ihre Heimat durch klimabedingte Katastrophen weggeschwemmt wird. Dennoch sollten wir uns ganz genau anschauen, was diese emotionalen Reaktionen mit uns machen und wie wir diese in pro-aktives Handeln ummünzen können.

In den Medien und der psychologischen Forschung liest man immer wieder von Angst vor Klimakatastrophen und vor der Veränderung oder Zerstörung des eigenen Lebensraums. Warum leiden die Menschen und insbesondere auch Jugendliche so sehr unter der Klimakrise?

Gerade für junge Menschen ist die Aussicht darauf, einen Großteil ihres Lebens mit mas-

siven Klimarisiken zu leben, beängstigend. In direkt betroffenen Gebieten, wie etwa Inselstaaten, die auf Höhe des aktuellen Meeresspiegels liegen, hat dies sicherlich nochmal eine andere, dramatischere und auch traurigere Qualität. Dazu kommt häufig ein wahrgenommener Kontrollverlust. Man selbst fühlt sich wenig wirksam und die Politik nimmt das Ganze nicht ernst. Das kann sehr frustrierend und auch beängstigend sein.

Von dem, was wir heute tun, hängt die Zukunft der Menschheit auf der Erde ab. Warum handeln wir dennoch nicht konsequent? Ist die Klimakrise eine Verhaltenskrise?

Die Klimakrise ist auch eine Verhaltenskrise, aber allem voran ist sie eine systemische Krise. Wir können als Teil dieses Systems durch alltägliche Handlungen unseren Beitrag leisten. Doch wir brauchen auch starke politische Hebel, die klima- und umweltschonendes Handeln vereinfachen und schädliches Verhalten erschweren. Das sollten wir gemeinsam von der Politik einfordern. Die Fridays-for-Future-Bewegung hat hier beispielsweise einen immensen Beitrag geleistet.

Ist es denn überhaupt möglich, die Einzelne* für die Klimakrise verantwortlich zu machen? Dass die fossile Brennstoffindustrie das Konzept des ökologischen Fußabdrucks stark gefördert hat und so die Menschen zur Verantwortung ruft, ist fast schon grotesk. An den wirtschaftlichen Strukturen, die immer mehr Wachstum und Ressourcenverbrauch bedingen,

kann die Einzelne* doch nichts ändern.

Nein, die Einzelne* alleine verantwortlich zu machen, lenkt genau von den systemischen Veränderungen ab, die wir benötigen. Aber natürlich hilft auch jede Verhaltensveränderung – und darüber zu sprechen! Denn je mehr Menschen wir sehen, die sich bewusst klima- und umweltfreundlich verhalten, umso stärker setzen sich solche sozialen Normen durch. Und diese sozialen Normen wiederum können andere motivieren mitzumachen. Politisch sinnvoll und konsequent begleitet wäre ein solcher normativer Shift natürlich viel schneller umzusetzen. Man sehe nur, wie schnell zum Beispiel Zigaretten aus weiten Teilen gesellschaftlichen Lebens verschwanden.

Für eine konsequente Klimapolitik fehlen vor allem politische Mehrheiten, national und international erst recht. Wie lassen sich politische Mehrheiten schaffen, damit Regierungen handlungsfähig werden?

Das ist eine der zentralen Fragen. Wir haben in vielen Ländern Mehrheiten in der Bevölkerung in Bezug auf Klima- und Umweltschutz, die weiter gehen als die Politik. Das müssen wir als mündige Bürger*innen der Politik deutlicher machen. Gleichzeitig muss die Politik Lobbyverstrickungen offenlegen und beenden. Auf globaler Ebene braucht es vor allem Allianzen mit Gleichgesinnten. Diese könnten sich als Vorreiterstaaten gemeinsam kategorisieren und dadurch einen globalen Innovationswirbel entfachen.

BPTK-FOKUS

BPTK-Fachtag Gender & Psychotherapie

Beim BPTK-Fachtag Gender & Psychotherapie am 7. November 2022 diskutierten Expert*innen und Politiker*innen mit Psychotherapeut*innen über eine geschlechtergerechte psychotherapeutische Versorgung. Dr. Dietrich Munz, BPTK-Präsident, unterstrich, dass die BPTK die fachliche Auseinandersetzung der Profession mit dem Thema Gender und Psychotherapie noch weiter intensivieren wolle. Geschlechtsbezogene Unterschiede müssten in der Versorgung, Prävention und Forschung besser berücksichtigt werden. Für mehr Gendergerechtigkeit müssten Frauen in die Entscheidungsfindung in allen Bereichen und auf allen Ebenen einbezogen werden. Ulrich Bestle und Juliane Sim, Sprecher*innen der BPTK-Gleichstellungskommission, forderten in ihrem Grußwort, Ausgrenzungen konkret zu benennen, um Lösungen zu entwickeln.

Geschlechtsspezifische Aspekte der psychotherapeutischen Versorgung

BPTK-Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke stellte die geschlechtsspezifischen Aspekte in der psychotherapeutischen Versorgung heraus. Drei Viertel der Psychotherapeut*innen seien weiblich. Es sei wichtig zu verstehen, was die Ursachen dafür sind und wie ein anderer Umgang mit Sex (biologischem Geschlecht) und Gender (sozialem Geschlecht) zu mehr Gleichberechtigung, psychischer Gesundheit und einer besseren Versorgung beitragen kann. Neurobiologische, psychologische und soziologische Ansätze können geschlechterbezogene Unterschiede erklären, beispielweise Ungleichgewichte der chemischen Botenstoffe, unterschiedlicher Umgang mit Stress oder dass Frauen stereotypisch eine ängstliche, depressive Persönlichkeit zugeschrieben werde oder sie dazu tendieren, sich eher Hilfe zu suchen. All dies führe dazu, dass Frauen ungefähr doppelt so oft wie Männer psychotherapeutische Leistungen in Anspruch nehmen.

Doing Gender in der Psychotherapie

Professorin Dr. Brigitte Schigl, Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften Krems, erläuterte, dass menschliches Handeln und Interagieren von Geschlechtszuweisungen überformt sei. Der Analyseansatz „Doing Gender“ sei auch für die Psychotherapie geeignet, weil er das soziale Geschlecht betrachte und beobachte, wie sich Menschen in der Gesellschaft bewegen und verhalten, wie sie in Beziehung zueinanderstehen und in bestimmten Situationen wahrgenommen werden. Doing Gender könne psychische Leiden anhand gesellschaftlicher Zuschreibungen erklären und gleichzeitig mehr Handlungsoptionen und eine größere Freiheit in Hand-

lungsentscheidungen darstellen. Forschungsergebnisse zeigten, dass Männer und Frauen gleich gute Psychotherapeut*innen seien. Psychotherapeut*innen therapierten umso erfolgreicher und ihre Patient*innen seien umso zufriedener, je weniger konservativ die von ihnen vermittelte Einstellung zu Geschlechterrollen ist. In der Psychotherapie müsse Gender als maßgebliche soziale Kategorie erfasst werden, das Wissen um genderspezifische Besonderheiten gestärkt und gendersensible und genderspezifische Versorgungsangebote entwickelt und implementiert werden.

Mutterschaft und Mütterlichkeit in der Psychotherapie

Es sei dringend notwendig, Mutterschaft auf die rein biologische Dimension zu beziehen und Mütterlichkeit als Beziehungs- und Fürsorgeverantwortung zu verstehen, erklärte Professorin Dr. Helga Krüger-Kirn, Universität Marburg. Bis heute werde ein heteronormatives Familienverständnis und eine naturgegebene Mütterlichkeit in Elternzeitschriften reproduziert. Die moderne Mutter stehe in einem Konflikt zwischen Mutterrolle und emanzipierter Frau, die in einem Idealbild der „Do-it-all-Mother“ münde. Das „Doing Mothering“ erlaube, Vorstellungen von Mütterlichkeit kritisch zu hinterfragen und zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen. Mütterlichkeit brauche kein Geschlecht und folglich müssten daraus Konsequenzen für mehr elterliche Verteilungsgerechtigkeit gezogen werden.

Frauenfeindselige Einstellungen männlicher Communitys

Im Internet finden sich Männer, die sich von Frauen sexuell zurückgewiesen fühlen und deshalb gegen Frauen hetzen. Diese Involuntary Celibates (Incels) seien Männer, die sich durch eine extreme, bösartige Ausdrucksform von heteronormativer Männlichkeit und der strukturellen Ablehnung des Weiblichen auszeichnen, erklärte Professor Dr. Rolf Pohl, Arbeitsgemeinschaft Politische Psychologie an der Leibniz Universität Hannover. Ihre Hauptantriebskraft bestehe aus dem Hass und der Abscheu gegenüber Frauen und dem, was Frauen Männern antun würden. Dabei verstünden sich Incels selbst nicht als bösartig, sondern sehen das Böse in der Frau und dem feministischen Zeitgeist. Das auf Frauen gerichtete sexuelle Begehren des Mannes mache den Mann abhängig von der Frau und mache ihn dadurch schwach, da er einem unausweichlichen Dilemma unterliege: Dem männlichen Autonomieanspruch versus der Abhängigkeit von der Frau. Die Feindseligkeit der Incels gegenüber Frauen richte sich daher auch auf das Bestrafen der Frau für die